

	Anfragen-Nr.	
	AF-0573/2014	

Anfrage

Herr Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion

Betreff
Anfrage der NPD-Stadtratsfraktion - Nutzung von öffentlichen Flächen für sozialen Gartenbau

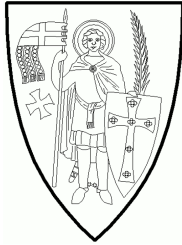
I. Sachverhalt

Die sogenannten „Bunten Gärten“ am Moseberg werden auf Flächen der SWG betrieben. Die SWG ist hundertprozentige Tochter der Stadt Eisenach. In Apolda u.a. Städten wurden Gärten geschaffen, um beispielsweise Obst und Gemüse aus heimischen und naturbelassenem Anbau den Tafeln u.a. karitativen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

II. Fragestellung

1. Wäre aus Sicht der Oberbürgermeisterin die weitere Nutzung von Flächen der Stadt oder einer ihrer Unternehmen, ähnlich den „Bunten Gärten“, für andere Zwecke wünschenswert? Wenn Ja, welche?
2. Welche Flächen der Stadt oder der SWG u.a. städtischer Unternehmen kämen aus Sicht der OB grundsätzlich für eine derartige Nutzung in Frage?
3. Welche rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen müssten für derartige Maßnahmen geschaffen werden?
4. Sind bereits Vereine, Verbände oder andere karitative Institutionen an die OB mit einem derartigen Wunsch herangetreten und an welche würde die OB für derartige Projekte herantreten?

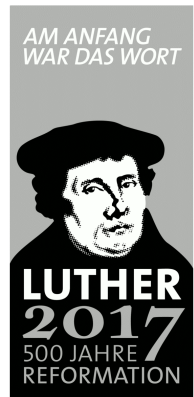
Herr Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion



EISENACH

DIE WARTBURGSTADT

Stadtverwaltung · Postfach 1462 · 99804 Eisenach



Herr Patrick Wieschke
Fraktionsvorsitzender der
NPD-Stadtratsfraktion

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datei, unsere Nachricht vom

Datum
17.03.2014

Beantwortung der Anfrage AF-0573/2014

Ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

Zu 1.

Grundsätzlich ist es zu unterstützen, dass Einwohnerinnen und Einwohner gemeinsam gärtnerische Vorhaben in Eigenverantwortung realisieren. Ob dabei die „anderen Zwecke“ des Fragestellers unterstützenswert sind, bleibt fraglich. Konkrete Flächen können hierfür nicht benannt werden.

Zu 2.

Auf Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Zu 3.

Da keine konkreten Flächen benannt werden können, kann diese Frage nicht beantwortet werden.

Zu 4.

Im Rahmen der Haushaltssicherung wird derzeit geprüft, unter welchen Voraussetzungen der Unterhaltungsaufwand für städtische Grünflächen verringert werden kann. Die Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen.

gez. Katja Wolf
Oberbürgermeisterin